

# Paris-Panik: Regierungen können ihren Klima-Verpflichtungen nicht genügen, und einige entfernen sich sogar davon

geschrieben von Chris Frey | 29. März 2021

Im Gegensatz zu dem, was fast täglich in den Mainstream-Medien berichtet wird, zeigen die Daten des IPCC und der NOAA keine Zunahme extremer Wetterereignisse mit der leichten Erwärmung der Erde über die letzten 150 Jahre. Tatsächlich zeigen die Daten des IPCC und der NOAA, dass Fälle von extremen Kälteperioden, Dürren, Überschwemmungen, Hitzewellen, Hurrikanen, Tornados und Waldbränden seit Ende der 1870er Jahren alle leicht zurückgegangen oder relativ stabil geblieben sind.

Trotz dieser unwiderlegbaren Fakten haben die Führer von Nationen auf der ganzen Welt mehrere internationale Abkommen unterzeichnet, zuletzt das Pariser Klimaabkommen von 2015, das eine angeblich drohende Klimakatastrophe abwenden soll.

Das Problem ist, dass ihre Taten, sowohl als Individuen als auch durch die Politik, die sie als Regierungsführer umsetzen, nicht mit ihren Worten übereinstimmen.

Wenn der Klimabeauftragte von Präsident Joe Biden, der ehemalige US-Außenminister John Kerry, mit einem Privatjet um die Welt fliegt und dabei Zehntausende Tonnen Treibhausgase in die Atmosphäre pustet, um Auszeichnungen für seine klimapolitische Führungsrolle entgegenzunehmen oder um zu Tagungen zu reisen, bei denen er dazu aufruft, die Flugreisen der Durchschnittsbürger durch eine internationale Steuer auf Flugzeugemissionen einzuschränken, klingt seine Behauptung hohl, er mache sich Sorgen um das Schicksal der Erde. Die Behauptungen des ehemaligen Präsidenten Barack Obama, dass der Klimawandel bald Küsten und kleine Inseln überschwemmen wird, wirken ebenso unaufrichtig, wenn man erfährt, dass er nach seinem Ausscheiden aus dem Amt ein Grundstück direkt am Meer auf einer kleinen Insel gekauft hat, die kaum einen Meter über dem Meeresspiegel liegt.

Es ist schlimm, wenn die persönliche Heuchelei von Politikern zum Klimawandel öffentlich zur Schau gestellt wird. Noch schlimmer ist es, wenn sie Verträge unterzeichnen, in denen sie sich verpflichten, die Emissionen ihrer Länder zu begrenzen, nur um dann nach Hause zu gehen und eine Politik zu betreiben, die die Emissionen erhöht. Den UN zufolge ist dies genau das, was die führenden Politiker der Welt tun. Die meisten Länder stellen das heimische Wirtschaftswachstum über das Fortbestehen eines lebenswerten Planeten, sagt die U.N..

Einem aktuellen Bericht der Vereinten Nationen über die Fortschritte bei der Erfüllung der Verpflichtungen zufolge, welche die Regierungen im Pariser Klimaabkommen zur Reduzierung der Emissionen eingegangen sind, erreichen die Länder nicht ihre Ziele. In dieser Hinsicht unterscheidet sich das Pariser Klimaabkommen nicht von früheren Abkommen wie dem Kyoto-Protokoll von 1997 und der UN-Klimarahmenkonvention von 1992, in denen sich die Länder ebenfalls verpflichteten, ihre Emissionen bis zu bestimmten Terminen zu reduzieren, und munter zusahen, wie diese Termine kamen und gingen, während ihre Emissionen weiter stiegen.

Wohl nirgendwo hat sich die Beobachtung von Thomas Hobbes im „Leviathan“, dass „Pakte ohne das Schwert nur Worte sind“, mehr bewahrheitet als bei internationalen Klimaabkommen.

Mit Stand vom 26. Februar haben laut UN nur 75 der mehr als 190 Länder, die das Pariser Klimaabkommen ratifiziert haben, feste Zusagen und detaillierte Pläne zur Emissionssenkung vorgelegt, obwohl sie sich verpflichtet haben, diese Pläne bis 2020 zu erfüllen. Die meisten der Länder, die solche Pläne einreichen, sind Entwicklungsländer, die weniger als 30 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen ausmachen. Selbst dort, so die UNO, „deutet das Niveau der Ambitionen ... darauf hin, dass die Veränderungen in den Gesamtemissionen dieser Länder gering wären, weniger als -1% im Jahr 2030 im Vergleich zu 2010 ... [wohingegen der] IPCC im Gegensatz dazu angedeutet hat, dass die Emissions-Reduktionsbereiche zur Erreichung des 1,5°C-Temperaturziels etwa -45% im Jahr 2030 im Vergleich zu 2010 betragen sollten.“

Ob von großen oder kleinen Emittenten – die Pariser Klimazusagen sind unzureichend, um das Ziel zu erreichen, und selbst diese begrenzten Zusagen fallen auf die Realitäten der Nationen zurück, die die Armutsbekämpfung und das Wirtschaftswachstum (meiner Meinung nach zu Recht) über die Klimaschutzmaßnahmen stellen, welche notwendigerweise den Energieverbrauch und den wirtschaftlichen Fortschritt einschränken.

Schauen wir uns einige Beispiele an. Indien ist der drittgrößte Treibhausgasemittent der Welt (obwohl Indien für IPCC-Zwecke als viertgrößter Emittent zählt, weil die Nationen der EU verlangen, dass sie als ein einziges Land gezählt werden). Im Rahmen des Pariser Abkommens verpflichtete sich Indien nicht, seine Emissionen zu senken, sondern versprach stattdessen, die Emissionsintensität (Emissionen in Prozent des BIP) zu reduzieren. Infolgedessen stellt die UNO fest: „Mit den derzeitigen Energiezielen und -politiken werden [Indiens] Emissionen voraussichtlich weiter ansteigen (um 24-25 Prozent über das Niveau von 2019 im Jahr 2030) und zeigen keine Anzeichen für ein Erreichen des Höchststandes, insbesondere aufgrund des Fehlens einer Politik zur Abkehr von Kohle. Ein solcher Anstieg der Emissionen ist nicht mit dem Pariser Abkommen vereinbar.“

Siebzig Prozent des indischen Stroms werden heute durch die Verbrennung von Kohle erzeugt, und das Land eröffnet oder erweitert 32 neue

Kohleminen und Dutzende neuer Kohlekraftwerke. Indiens jüngste Schätzungen gehen davon aus, dass der Einsatz von Kohle zur Energieerzeugung bis 2030 um 40 Prozent steigen wird.

Noch schlimmer sind die Nachrichten aus China, dem größten Emittenten der Welt. Mit einem Anteil von etwa 25 Prozent an den weltweiten Emissionen ist Chinas Kohlendioxidausstoß bereits jetzt etwa doppelt so hoch wie der der Vereinigten Staaten. China hat vage angedeutet, dass es erwartet, dass seine Kohlendioxidemissionen bis 2030 ihren Höhepunkt erreichen werden. Das war seine Pariser Klimaverpflichtung. Die Frage ist, auf welchem Niveau der Höhepunkt erreicht wird.

Es könnte sogar schwierig sein, den Anstieg bis 2030 zu stoppen: Chinas kürzlich veröffentlichter Fünfjahresplan für die wirtschaftliche Entwicklung sieht keine Reduzierung der Kohlenutzung vor. Es wäre überraschend, wenn dies doch der Fall wäre. In den letzten Jahren hat China Dutzende neuer, großer Kohlekraftwerke in Betrieb genommen, und Hunderte weitere befinden sich in verschiedenen Bau-, Entwicklungs- und Planungsstadien, sowohl in China selbst als auch in Afrika, im restlichen Asien und im Nahen Osten.

Unterdessen entmutigt China den Bau neuer Wind- und Solaranlagen, die von der Nationalen Energiebehörde (NEA) als „unzuverlässig“ bezeichnet werden. Die NEA hat den Provinzen mitgeteilt, dass sie Netzkapazitäten für neue Wind- und Solarprojekte versteigern dürfen, vorausgesetzt, ein Drittel der Verträge ist für Entwickler reserviert, die bereit sind, auf Geld zu verzichten, das Chinas Regierung ihnen derzeit für zuvor entwickelte Wind- und Solarkraftwerke schuldet. Darüber hinaus werden die erfolgreichen Bieter nach der neuen Politik der NEA auf einen festen Tarif für die von den neuen Anlagen erzeugte Energie beschränkt.

Selbst Argentinien, ein relativ kleiner Emittent, wird Schwierigkeiten haben, seine Entwicklungsziele mit seiner Pariser Klimaverpflichtung in Einklang zu bringen. Auf einer kürzlich abgehaltenen Konferenz sagte Präsident Alberto Fernandez, Argentinien habe die „wahre Verpflichtung“, bis 2050 netto null Treibhausgasemissionen zu erreichen. *Rigzone* merkt an: „Um das zu erreichen, muss das Land bis 2025 ein Fünftel seiner Energie aus erneuerbaren Quellen gewinnen, statt wie bisher etwa 10 Prozent.“ In der Zwischenzeit kündigte Fernandez auf dem argentinischen Schiefergasvorkommen Vaca Muerta – weit weg vom Rampenlicht der internationalen Klimakonferenzen – sagt, dass die Regierung die fossilen Brennstoffe verdoppeln werde: „Heute bringen wir die Öl- und Gaswirtschaft wieder in Schwung“, sagte er, beginnend mit 5 Milliarden Dollar an staatlichen Subventionen zur Erschließung von Schiefergasfeldern.

Unter dem Strich bleibt, dass die Welt dem Untergang geweiht ist, wenn die großen und kleinen Länder ihre Anstrengungen nicht deutlich verstärken und ihre Emissionen nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich reduzieren. Obwohl ich denke, dass den Beweisen zufolge

keine Klimaapokalypse bevorsteht, sagt die U.N. etwas anderes, und alle Länder im Pariser Abkommen stimmen dem zu.

Im Endeffekt verneigen sich die Regierungen vor den Klimagöttern, während sie ihr Tagesgeschäft weiterführen, indem sie ihre Leute zur Arbeit bringen und ihre Wirtschaft wachsen lassen. Wirtschaftswachstum ist notwendig, um die Massen vom Aufstand abzuhalten, und das bringt notwendigerweise einen wachsenden Energieverbrauch mit sich, einschließlich fossiler Brennstoffe. **Gleichzeitig erlangen die politischen Eliten im Hintergrund immer mehr Macht und Kontrolle über das Leben der Menschen, und genau das ist es, worum es bei der Klimapanik eigentlich immer ging und geht.**

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Quellen: United Nations; Climate Realism; Gizmodo; Rigzone; EnergyWorld; The New Indian Express

Link:

<https://www.heartland.org/news-opinion/news/paris-panic-governments-fail-to-meet-their-climate-commitments-and-some-are-getting-farther-away>

Übersetzt von Chris Frey EIKE